

Antrag

Hannover, den 12.06.2019

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Berufliche Bildung in Niedersachsen stärken - Sofortmaßnahmen für eine bessere Unterrichtsversorgung auf den Weg bringen**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Berufsbildenden Schulen leisten als eine der tragenden Säulen der Beruflichen Bildung einen unbestrittenen und wesentlichen Beitrag für die Bildungslandschaft in Niedersachsen. Gute und erfolgreiche berufliche Bildung legt den Grundstein für einen starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftebedarfs, der sich verändernden beruflichen Anforderungen hinsichtlich der fortschreitenden Digitalisierung und der weiteren Umsetzung der Inklusion stehen auch die Berufsbildenden Schulen unter enormem Anpassungsdruck. Diese Entwicklungen sind nicht neu. In den vergangenen Jahren wurden bereits einige Projekte zur Stärkung der beruflichen Bildung auf den Weg gebracht. Sie wurden als Regionale Kompetenzzentren weiterentwickelt und als starker Partner der regionalen Wirtschaft vor Ort aufgebaut. Kammern, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände sowie Gewerkschaften arbeiten im „Bündnis Duale Berufsausbildung“ seit Jahren gemeinsam an der Weiterentwicklung der dualen Ausbildung. Jugendberufsagenturen wurden etabliert und die Studien- und Berufsorientierung an allen Schulformen gestärkt. Der mit diesen Projekten beschrittene Weg war und ist richtig.

Eine weitere Säule für eine starke Berufliche Bildung in Niedersachsen ist die Lehrkräfte- und Unterrichtsversorgung. Die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen hat sich im laufenden Schuljahr um 1,3 Prozentpunkte auf durchschnittlich 90,7 % erhöht. Dieses ist zwar eine positive Entwicklung, aber noch nicht zufriedenstellend. Wie auch an anderen Schulformen besteht im berufsbildenden Bereich akuter Fachkräftebedarf. Um hierauf individueller reagieren und eine gute Unterrichtsversorgung sicherstellen zu können, müssen die Berufsschulen bei der Personalplanung flexibel agieren können und die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen. Zudem brauchen wir in Niedersachsen mehr grundständig ausgebildete Lehrkräfte für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen, wozu es eines deutlichen Ausbaus an Studienkapazitäten bedarf.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, der die Unterrichtsversorgung an Berufsbildenden Schulen weiter verbessert und es den Schulen ermöglicht, zügig und flexibel auf aktuelle Stellenbedarfe zu reagieren,
2. nachdem durch zusätzliche finanzielle Mittel aus dem laufenden Haushalt 2019 Finanzierungssicherheit der laufenden Arbeitsverträge für Vertretungslehrkräfte gewährleistet werden konnte, zu prüfen, den Mittelansatz für die Berufsbildenden Schulen schwerpunktmäßig zu erhöhen. Ziel ist, die Berufsbildenden Schulen in den kommenden Jahren wieder mit sicheren Budgetmitteln und mehr Vollzeitlehrerstellen auszustatten, damit sie den weiter wachsenden Herausforderungen besser gerecht werden können,
3. zu prüfen, inwieweit die 260 Lehrkräftestellen, die befristet für den Schulversuch SPRINT geschaffen wurden, sowie die 50 befristeten Stellen für sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Berufsbildenden Schulen im System verstetigt werden können,
4. zu prüfen und aufzuzeigen, wie die Landesschulbehörde als „Service-Dienstleister“ die Berufsbildenden Schulen im Sinne eines Regionalmanagements noch stärker unterstützen kann,

5. zu erarbeiten und aufzuzeigen, wie die ursprünglichen Zielstellungen aus dem Projekt „ReKo“ den heutigen Rahmenbedingungen angepasst werden können, um die Berufsbildenden Schulen in einer regional abgestimmten Bildungslandschaft zu eigenständigen Partnern der Wirtschaft und kommunaler Akteure zu stärken,
6. ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung der Aufnahme einer Lehrtätigkeit an Berufsbildenden Schulen zu erarbeiten. Hierbei geht es insbesondere darum, den Seiten- und Quereinstieg zu erleichtern, die Einstellungsverfahren zu evaluieren und die Zugangsvoraussetzungen transparent zu gestalten,
7. die Kapazitätsplanung des Lehrkräftebedarfs in enger Abstimmung zwischen Kultusministerium und Wissenschaftsministerium zu optimieren, um ein bedarfsgerechtes Angebot an Vorbereitungsplätzen und Studienplätzen für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen vorzuhalten.

Begründung

Wir bekennen uns zur Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung. Dabei spielen die Berufsbildenden Schulen in der niedersächsischen Bildungslandschaft eine bedeutende Rolle. Sie sind starker und eigenständiger Partner der Wirtschaft und der Kommunen. Damit sie dieser Aufgabe auch weiterhin gerecht werden können, müssen sie insbesondere im Bereich der Unterrichts- und Lehrkräfteversorgung hinreichend ausgestattet sein und individuell auf Veränderungen reagieren können.

Das System der Stellenbewirtschaftung muss langfristig in Abstimmung mit den Berufsbildenden Schulen evaluiert werden. Eine gute Unterrichtsversorgung kann nur gewährleistet werden, wenn die in früheren Haushaltsplänen vorgesehenen Stellenstreichungen im Bereich der berufsbildenden Schulen zurückgenommen und den Schulen für Vertretungslehrkräfte weiterhin ein ausreichendes eigenständiges Budget zur Verfügung gestellt wird.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender